

## Programm in den Sommerferien

Betreuer für Kinder bis  
zwölf Jahren gesucht

**Göttingen.** Während der Sommerferien, die am 28. Juni beginnen, gibt es für Kinder und Jugendliche aus Göttingen und dem Landkreis wieder zahlreiche Angebote. Hierzu ist jetzt ein Ferienkalender erschienen. Dieser enthält beispielsweise Ausflüge in Freizeit- und Tierparks sowie verschiedene Besichtigungen.

Der Ferienkalender wird nach Angaben der Göttinger Stadtverwaltung über die Schulen verteilt und in öffentlichen Einrichtungen ausgelegt. Die Ferienangebote richten sich an Kinder zwischen fünf und 17 Jahren.

Für die Betreuung von Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren werden vonseiten der Stadtverwaltung noch Betreuer gesucht. Eine Voraussetzung für die Mitarbeit sei Erfahrung im Umgang mit Kindern sowie Spaß an der Arbeit mit Kindern. Wünschenswert sei zudem der Nachweis einer Jugendleiter-Karte (Juleica) oder eines Überleitungsscheins. Die Betreuer erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung und eine Praktikumsbescheinigung.

**Info** Details zum Ferienkalender sind telefonisch unter 05 51/ 4 00 26 89 und im Internet unter [ferien-goettingen-anmeldung.de](http://ferien-goettingen-anmeldung.de) erhältlich.

### GÖTTINGEN TERMIN

**Die Initiative Veggietag** Göttingen richtet einen veganen Mitbring-Brunch am Pfingstsonntag, 20. Mai, von 10.30 bis 15 Uhr bei Arbeit und Leben in Göttingen, Lange Geismarstraße 72-73, aus. Alle Teilnehmer bringen vegane Speisen selbst mit sowie Geschirr und Besteck und bedienen sich dann von einem großen Büfett; Anmeldung bis 18. Mai per E-Mail an [info@veggietag-goettingen.de](mailto:info@veggietag-goettingen.de).

### BEILAGEN

im Göttinger Tageblatt heute:

**Karstadt** (nur Abo)

WIR BITTEN UM FREUNDLICHE BEACHTUNG

### Göttinger Tageblatt

CHEFREDAKTION  
Chefredakteur: Dr. Uwe Graells  
Stellv. Chefredakteur: Christoph Oppermann  
Lektor: Markus Scharf

LOKALES, THEMA DES TAGES  
KULTUR UND CAMPUS: Angela Brünjes

SPORT: Andreas Fuhrmann

WIRTSCHAFT: Mark Bamby

NEWSDESK: Marie-Luise Rudolph  
Katharina Klocke (Stellv.)

ONLINE: Nadine Eckermann

BEILAGEN: Friedrich Schmidt

Das Tageblatt erscheint in Zusammenarbeit mit dem

**Redaktionsnetzwerk Deutschland**

Chefredakteur: Wolfgang Büchner

Mitglieder der Chefredaktion: Rüdiger Ditz,  
Marco Fenske, Matthias Koch

Newsroom-Litung: Stefanie Gollisch, Jörg Kallmeyer

Nachrichtensagenturen: dpa, afp, epd

30559 Hannover, August-Madsack-Str. 1

ANZEIGENLEITUNG: Heiko Weiland (verantwortl.)

VERLAG, REDAKTION UND DRUCK

Göttinger Tageblatt GmbH & Co. KG

Briefanschrift: 37070 Göttingen;

Hausanschrift: Dransfelder Straße 1, 37079 Göttingen

Geschäftsstelle in der Stadtmitte: Weender Straße 44,

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 9:00–18:30 Uhr, Sa. 9–18:00 Uhr

TELEFON: 9011-9011

Verlag und Redaktion: 9019

Telefonische Anzeigenannahme: 9019-800

Vertriebservice: 901-800

TELEFAX: 901-720

Redaktion: 901-309

Vertrieb: 901-309

Anzeigen: 901-291

Geschäftsstelle Weender Straße 44: 901-235

DRUCK: Druckzentrum Niedersachsen,

Gutenbergstraße 1, 31552 Rodenberg

ONLINE: [goettinger-tageblatt.de](http://goettinger-tageblatt.de)

TWITTER: [twitter.com/goettingerblatt](https://twitter.com/goettingerblatt)

FACEBOOK: [facebook.com/goettingertageblatt](https://facebook.com/goettingertageblatt)

Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die

gedruckte Zeitung: 36,40 Euro (einschl. Zustellkosten und

7% = 2,38 Euro MwSt.) oder durch die Post: 39,30 Euro (einschl.

Portoanteil und 7% = 2,57 Euro MwSt.), als E-Paper: 26,90 Euro

(einschl. 19% = 4,30 Euro MwSt.). Abholer zahlen 32,75 Euro

(einschl. 7% = 2,14 Euro MwSt.). Zusätzlicher monatlicher Be-

zugspreis für das E-Paper und dem Online-Zugang zu den bezahl-

pflichtigen Inhalten auf [www.goettinger-tageblatt.de](http://www.goettinger-tageblatt.de): 2,00 Euro

(einschl. 19% = 0,32 Euro MwSt.). Abbestellungen schriftlich

beim Verlag 6 Wochen zum Quartalsende. Im Fall höherer Gewalt

und bei Störungen des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsan-

spruch. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und

Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendungen nur,

wenn Rückporto beigelegt ist.

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen ur-

heberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Geneh-

migung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr ent-

haltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch ver-

breitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektroni-

sche Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Erfüllungsort und Gerichtsstand Hannover.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2018.



Proteste im Ratssaal: Rund 150 Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer fordern die sofortige Schließung der umstrittenen Unterkunft Siekhöhe. Die Politik entscheidet sich für Juni 2019.

FOTO: HINZMANN

# Unterkunft Siekhöhe wird geschlossen – aber erst im Juni 2019

Entscheidung im Sozialausschuss / Polizei räumt Ratssaal mit 150 Zuhörern

Von Michael Brakemeier

**Göttingen.** Die Flüchtlingsunterkunft Siekhöhe wird geschlossen: allerdings erst zum 30. Juni 2019. Darauf hat sich am Dienstag der Sozialausschuss des Rates verständigt. Vorangegangen war eine dreistündige Diskussion mit Flüchtlingshelfern über die Situation in der ehemaligen Lagerhalle. An deren Ende musste die Polizei den Ratssaal räumen.

„Wir freuen uns immer über Gäste“, hatte Klaus-Peter Hermann (SPD) noch zu Beginn der Sitzung gesagt. Rund 150 Flüchtlingshelfer verschiedener Initiativen und Flüchtlinge, die derzeit in der umstrittenen Flüchtlingsunterkunft auf der Groner Siekhöhe wohnen, waren gekommen, um die Diskussion der Göttinger Sozialpolitiker um die Unterkunft zu verfolgen. Vorsorglich hatte die Verwaltung die Sitzung in den Ratssaal verlegt. Platzkarten gab

es im Foyer. Am Ende der von den Helfern und Flüchtlingen teils hitzig, teils emotional geführten, mit Zwischenrufen gespickten Drei-Stunden-Diskussion fuhr der sonst unsichtig agierende Ausschussvorsitzende Hermann, der zuvor die Sitzung für Fragen aus dem Publikum zweimal unterbrochen hatte, eine Zuhörer an: „Halten Sie doch jetzt mal den Mund.“ Sozialdezernentin Petra Broistedt musste besänftigend auf den aufgebrachten Hermann einwirken. An die Protestierer gerichtet, die immer wieder die sofortige Schließung der Siekhöhe forderten und der Verwaltung vorwarfen, sich nicht genügend um Alternativen bei der Unterbringung der Geflüchteten gekümmert zu haben, richtete Insa Wiethaup die Frage: „Hilft das nun den Geflüchteten? Oder hilft das Ihrem Ego?“

Als die Zuhörer dazu übergingen, im Ratssaal Arbeitsgruppen zu

bilden, um nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten für die Siekhöhen-Bewohner zu suchen, war auch Broistedts Geduld am Ende. Sie unterbrach die Sitzung und



Halten Sie doch  
jetzt mal den Mund.

**Klaus-Peter Hermann**  
Vorsitzender des Sozialausschusses,  
SPD

forderte die Flüchtlingshelfer den Ratssaal zu verlassen. Erst mit Eintreffen der Verstärkung für die zwei Polizisten, die sich vor dem Rathaus positioniert hatten, verließen die

Flüchtlingshelfer den Ratssaal. Die Entscheidung des Ausschusses fiel dann fast ohne Öffentlichkeit.

Politik und Verwaltung, Flüchtlinge und ihre Helfer sind sich einig: Die Unterkunft Siekhöhe soll geschlossen werden. Nur über den Zeitpunkt entbrannte ein Streit. Flüchtlinge und ihre Helfer fordern die sofortige Schließung der Einrichtung und schlagen die Unterbringung der Flüchtlinge etwa in leerstehenden Gebäuden vor – etwa in dem zuletzt besetzten ehemaligen Wohnheim des Goethe-Instituts. Broistedt verwies ihrerseits auf die Schwierigkeiten angesichts der Wohnungsknappheit, Unterkünfte für Flüchtlinge zu finden.

Der zwischen SPD, CDU und Grünen ausgehandelte Kompromiss sieht wie folgt aus: Der Vertrag mit dem Roten Kreuz als Betreiber der Einrichtung wird ein letztes Mal verlängert. Der Vertrag soll dann

am 30. Juni 2019 enden. „Eine weitere Verlängerung mit dem Betreiber wird ausgeschlossen“, sagte Hermann. Das schließt auch Verträge mit anderen Betreibern aus und bedeutet die endgültige Schließung der Unterkunft. Gleichzeitig soll die Verwaltung unter anderem prüfen, welche leerstehenden Gebäude der Stadt für Flüchtlinge genutzt werden können, ob und wie ein neues Flüchtlingswohnheim, das bessere Bedingungen bietet, gebaut werden kann und ob Flüchtlinge auch an den Landkreis Göttingen vermittelt werden können. Die Verwaltung soll regelmäßig im Ausschuss Bericht erstatten.

Einzig Helena Arndt (Die Partei) und Edgar Schu (Linke) trugen den Kompromiss am Dienstag nicht mit. Sie plädierten gegen eine Vertragsverlängerung. Abschließend entscheidet nun der Verwaltungsausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung.

## Stimme der Verfolgten

Initiative „Die offene Tür“ möchte auf Unterdrückung und Verfolgung von Akademikern und Staatsdienern aus der Türkei aufmerksam machen

Von Hannah Scheiwe

**Göttingen.** Sie wollen auf die Unterdrückung und Verfolgung von Akademikern in der Türkei aufmerksam machen und sich für ihre Menschenrechte einsetzen: Aus diesem Grund hat sich die Initiative „Die offene Tür“ in Göttingen gegründet. Sie besteht aus einer Gruppe vorwiegend türkischer Menschen, darunter vor allem Akademiker und Staatsbedienstete, die nach dem Putschversuch im Juli 2016 aus ihren Jobs entlassen und verfolgt wurden.

„Ich habe sechs Jahre im Justizministerium gearbeitet und wurde dann entlassen und war eine Woche lang in Gewahrsam“, sagt Akay, der in Wirklichkeit anders heißt. Er hat Angst, dass er oder seine Familie in der Türkei vom türkischen Geheimdienst gefunden werden könnten, wenn sein Name in der Presse steht. Seine Frau, ebenfalls Akademikerin, wie er erzählt, ist mit ihm nach Deutschland gekommen. Seine Eltern und Geschwister seien noch in der Türkei.

Eine Woche lang sei er nach der Entlassung mit rund 15 Personen in einer kleinen Zelle nur bei Wasser und Brot inhaftiert gewesen, berichtet Akay. „Ich musste 25.000 Euro zahlen, nur um über die Grenze zu kommen“, spricht er über seine Flucht. Seit einem Jahr sei er jetzt in Göttingen und engagiere sich nun in der im Januar gegründeten Initiative.

Auch Elmin (Name ebenfalls geändert), der Vorsitzende der Initiative, ist ein Opfer des türkischen Regimes – und das, obwohl er nicht einmal aus der Türkei stammt, sondern Akademiker an einer Universität in Aserbaidschan war. „Die politische Instabilität der Türkei wirkt sich auch auf Aserbaidschan aus“, sagt er. Die Universität sei wegen ihrer Nähe zur Gülen-Bewegung geschlossen worden. Die türkische Regierung macht die Bewegung für den Putschversuch 2016 in der Türkei verantwortlich. Hunderttausende Menschen seien seitdem gefährdet, so Elmin. Unter den Inhaftierten seien viele Menschen, auch Kinder und Frauen, die nichts mit der Gü-



Nach dem Putschversuch im Juli 2016 wurden viele Staatsbedienstete und Akademiker entlassen. Dagegen wurde protestiert – wie auf diesem Bild zu sehen. Manche flohen auch, wie die Mitglieder der Göttinger Initiative. FOTO: AP

len-Bewegung zu tun hätten. „Wenn dein Name einmal aufgetaucht ist, kannst du kein normales Leben mehr führen“, sagt Elmin. Da bleibe vielen nur noch die Flucht.

Mit ihrer Initiative wollten sie Menschen mit ähnlichen Schicksalen eine Stimme geben und auf die

Zustände aufmerksam machen, erzählt Elmin. Dafür suchten sie mit unterschiedlichen Institutionen das Gespräch – zuletzt hätten sie beispielsweise mit der Göttinger Universitätspräsidentin über ihr Anliegen gesprochen. „Wir haben auch alle einen Gasthörer-Antrag an der

Uni gestellt“, sagt Elmin über die Gruppe aus offiziell sieben Personen sowie weiteren Angehörigen. Die Anträge seien akzeptiert worden, sie besuchten Kurse an der Uni, unter anderem an der Zentralen Einrichtung für Sprachen und Schlüsselqualifikationen (Zess).

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Mitglieder der Initiative sei es, sich schnell zu integrieren. So tauschten sie sich in ihren wöchentlichen Treffen beispielsweise über die Erfolge in den Deutschkursen und weitere Möglichkeiten, schnell in der Gesellschaft Fuß zu fassen, aus. Sie seien dankbar für die Aufnahme in Deutschland: „Dass hier so viele Menschen mit uns über die Situation in der Türkei sprechen, zeigt, dass sie ein offenes Ohr dafür haben“, so Elmin.

„Die Journalisten sollten eigentlich unsere Stimme sein“, meint der Akademiker. Doch auch die seien in der Türkei Opfer und zu Tausenden inhaftiert. Das gehe weit über den bekannten Fall um Deniz Yücel hinaus. Auch darauf will die Initiative aufmerksam machen.